

Unser Weg aus der Krise:

Vorwärts und nie vergessen: Die Solidarität!

Die anhaltende Krise, besonders die als Euro-Krise hochgespielte Bankenrettungsaktion im Herbst 2011, hat die linke Bewegung verbreitert und einige bemerkenswerte Einsichten popularisiert: Freedom and Democracy entpuppen sich als Diktatur der Banken, 1% Produktionsmittelbesitzer beherrschen damit die 99%, die frei von Produktionsmitteln sind. „Wir sind die 99%“ wird zum Schlagwort. Und: „Die Krise, das ist der Kapitalismus“. Die Gegenpropaganda der 1% bleibt nicht aus, um den 99% den Erkenntnisweg zur notwendigen Alternative, zum Sozialismus, zu vernebeln. Wir stellen hier die Krisenvorgänge in den Rahmen der politischen Ökonomie, um sie klarer einzuordnen.

Im Kapitalismus kann das Produktionsmittel besitzende eine Prozent der Gesellschaft die 99% nur beherrschen, weil der Prozess der Ausbeutung, der Verkauf der mehrwertschaffenden Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, naturgegeben erscheint, und so die 99% die Herrschaft des einen Prozent hinnehmen. Doch die Voraussetzung dieser Herrschaft, die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln (und damit die Entstehung der modernen Arbeiterklasse) ist ein gesellschaftlicher historischer Prozess, der von der Gesellschaft wieder aufgehoben werden muss durch die Wiederinbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse, den Sozialismus. Das muss immer wieder erst in unser Bewusstsein gelangen. Nur dann können wir zielgerichtet mit der Diktatur der Finanzoligarchie Schluss machen.

Denn es ist wahr: Die Krise, das ist der Kapitalismus. Und um sie ein für allemal zu beenden, müssen die 99% herrschen, nicht die 1%.

Unmittelbare Vorgeschichte: Die Krise 1998 – 2002 hat die derzeitige Krise vorbereitet.

Rückblende zum Auslöser der Krise 1998 bis 2002: Das Ende der Sowjetunion wird in der kapitalistischen Propaganda zum „Ende der Geschichte“ stilisiert: Es sei nun bewiesen, dass die Marktwirtschaft das natürliche System sei, zu dem die Geschichte hingeführt habe. Der so von ihnen in Aussicht gestellte ewige Aufschwung ist 1998 nach weniger als 10 Jahren zu Ende. Die Konterrevolution führt in der sich auflösenden Sowjetunion zu einem Absinken der pro Kopf Produktion um 50%, Massenelend breitet sich aus, die neuen russischen Aktiengesellschaften brechen ein. Das kapitalistische Finanzsystem steht 1998 vor dem Zusammenbruch („Derivatekrise“), ausgelöst durch den Zusammenbruch des LTCM Fonds¹, der mit hochriskanten Finanzkonstruktionen („Derivaten“) auf den russischen Boom gewettet hatte². Der Zusammenbruch des

¹ Der Long Term Capital Management Fonds LCTM hatte mit dem Versprechen von ungewöhnlich hohen Renditen, die vorübergehend auch erzielt wurden, Milliarden Anlagegelder eingesammelt. Einen seriösen Anstrich bekam der LTCM auch durch die Aufnahme von Wirtschaftsnobelpreisträgern in die Geschäftsleitung. LTCM hatte Anfang 1998 rund 5 Mrd. USD Eigenkapital, mit dem sie sich ein Wertpapierportefeuille von ca. 125 Mrd. USD liehen. Diese geliehenen Wertpapiere wurden als Sicherheiten eingesetzt für Derivategeschäfte mit Obligationen und Optionen, basierend auf russischen und amerikanischen Staatsanleihen sowie dänischen Grundstückshypotheken, die am Ende einen Wert von 1,25 Billionen USD erreichten. Durch die starke Hebelung trafen Verluste auf den Finanzmärkten, vor allem durch die Krise in Russland, den Fonds in potenziert Form und trieben ihn in die Pleite.

² Zu den Bezeichnungen der Finanzoperationen wie „Hebelung“ und „Derivate“: Kasten „Zockerpapiere, fiktives Kapital“.

Finanzsystems der kapitalistischen Welt wird durch ein schnelles gemeinsames Eingreifen großer Privat- und Staatsbanken abgewendet. Das zirkulierende Finanzkapital wendet sich der Wachstumsbranche Softwareanwendung zu, erzeugt dort durch die plötzliche Übernachfrage extrem hohe Aktienkurse und kollabiert, als der zyklische Aufschwung nachlässt, mangels genügend produzierten materiellen Werten („Dotcomkrise“). In der daraufhin entstehenden Aktienkrise verliert 2002 z.B. die deutsche Allianz-Gruppe 90% ihres Aktienkapitalwerts. Eine Dauerstagnation der kapitalistischen Welt wird durch eine „Politik des billigen Geldes“, sehr niedrige Zinsen, abgewendet. Allen voran die USA pumpen Rüstungsmilliarden in die Wirtschaft, unter dem Vorwand, die Welt vor dem Terrorismus zu retten, und in der Hoffnung, die Schulden, auch durch eine Monopolisierung der Ölreserven durch die militärische Kontrolle des Nahen und Mittleren Ostens, irgendwann in den Griff zu bekommen. Die Milliardengewinne der Konzerne, die weltweit von der Kriegspolitik und dem zyklischen Aufschwung nach 2002 profitieren, werden zunehmend nicht in neue Produktionsanlagen investiert, sondern auf die Suche nach Maximalprofit wieder in die „Finanzmärkte“ geschickt und lösen einen weltweiten Boom immer riskanterer Finanzinstrumente aus. Das globale Finanzvolumen³ wächst vom ca. 1,6 fachen der realen Wirtschaftsleistung zur Zeit der Auflösung der SU auf das 3,7 fache nach der Krise 1998/2002, wie die folgende Tabelle zeigt:

Billionen US-Dollar	1990	1995	2000	2005
Welt BIP ⁴	22	30	32	45
Weltfinanzvolumen ⁵	36	64	100	165

Ende der Rückblende.

Wir werden sehen, dass der Ausweg der Kapitalisten aus der Krise 1998/2002 die gegenwärtige Krise vorbereitet hat, aus der unsere Herren aber versuchen, mit den gleichen Mitteln herauszukommen, und dabei die nächste, noch größere Krise vorbereiten.

³ Als Maß für das Wachstum des fiktiven Kapitals nehmen wir hilfsweise das in der Tabelle gezeigte „Weltfinanzvolumen“, eine Addition von nominalen Wertpapierwerten. Wir folgen hier z.B. Christa Luft, *“Overaccumulation as the main source of capitalist crisis”*, in *World Review of Political Economy*, 2/2010, S.239.

⁴ Wir können hier zur Darstellung der Größenordnung nur auf die bürgerliche Statistik zurückgreifen, für die „Wert“ sich nur in Geld ausdrückt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das im Kapitalismus gebrauchte Maß, um die „reale“ Wirtschaftsleistung zu messen. Es wird üblicherweise definiert als *Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen*, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

⁵ Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.03.2011, S.46. Das Weltfinanzvolumen wird dort dargestellt als *Gesamtwert der weltweiten Finanzwerte* (siehe auch Kasten „Zockerpapiere, fiktives Kapital“) d.h. Aktien, Obligationen, Bankenaktiva, Gewerbeimmobilien und Derivate.

Zu den Finanzinstrumenten wie „Hebelung“, „Derivate“ und andere Formen von fiktivem Kapital, die jetzt wieder in neuer Form auftauchen, und die wir hier unter dem Namen „Risikopapiere“ zusammenfassen, haben wir den Kasten „Zockerpapiere, fiktives Kapital“ zusammengestellt.

„Zockerpapiere“ und fiktives Kapital

Schuld an der Krise ist in vielen Augen die „Zockerei“ der Banken im „internationalen Finanzcasino“. Bei der Schilderung der Zustände, die dort herrschen sollen, werfen die Kritiker des „Casinokapitalismus“ mit Abkürzungen um sich, die an moderne Designerdrogen (z.B. CDO, CDS) oder neue Kräfftigungstherapien für geschwächte Manager (z.B. Derivate) erinnern. Die Kritiker haben prominente Kombattanten: Ex Bundespräsident Köhler, der aus der Branche kommt bezeichnete den modernen Finanzmarkt als „Monster“ und Warren Buffet, einer der erfolgreichsten Investoren der letzten Jahrzehnte und regelmäßig unter den 3 reichsten Männern der Welt, hat den Derivatehandel schon mal als „Massenvernichtungswaffe“ oder „Giftgebräu“ kritisiert: „Sie brauten ein Giftgebräu und mussten es am Ende selbst trinken“ (Welt online 26.05.2008). Bekannt wurde allerdings auch, dass er selbst immer wieder Schlucke, wenn auch eher kleine, von diesem Gebräu zu sich nimmt, d.h. z.B. in Derivate investiert. Wenn man im Bild vom Gebräu bleibt, stellen sich folgende Fragen: Warum ist es so weit verbreitet? Ist es wirklich so schädlich, oder hat es auch einen Nutzen ? Könnte man es nicht einfach verbieten (Prohibition)? Aus welchen Ingredienzien besteht es ? Bevor wir zu den einzelnen Ingredienzien kommen, ist festzustellen, dass das Gebräu im Kapitalismus unverzichtbar ist, da es zentrale Bedürfnisse der kapitalistischen Akkumulation bedient. Zum einen wird damit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion unter Beibehaltung der privaten Aneignung Rechnung getragen. *„ Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie solange warten müssen, bis die Akkumulation einige Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Zentralisation dagegen hat die, vermittelt der Aktiengesellschaften, im Handumdrehen fertiggebracht.“* (K.Marx, Das Kapital, Band 1, M EW 23, Dietz 1988, S. 656) Zum anderen wird damit versucht, der Anarchie der kapitalistischen Produktion zu begegnen. Da sich immer erst im nachhinein zeigt, ob ein Gut, das bereits produziert wurde (oder dessen Produktion vorbereitet wird) überhaupt Abnehmer findet, und zu welchem Preis, sind Kontrakte, die das Risiko reduzieren, z.B. Termingeschäfte oder Kreditversicherungen notwendig. Im Laufe der Akkumulation steigt das Volumen dieser Risiken, was erfordert, sie auf mehr Kapital zu verteilen. Das geht durch Konzentration und Zentralisation des Geldhandels zu Großbanken, und indem man die Kontrakte handelbar macht (z.B. CDS, s.u.). Beides schafft Risiken für das gesamte System durch die Entstehung „systemrelevanter Banken“, die nicht ausfallen dürfen und von „Forderungsketten“ , die das System gefährden, wenn sie an einer Stelle reißen. Bei den Kontrakten, den „Chips“, mit denen „gezockt“ wird oder den „Ingredienzien“, die ins „giftige Gebräu“ eingehen, handelt es sich um Wertpapiere im weitesten Sinne, die teils nach festgelegten Regeln, also „reguliert“ an der Börse gehandelt werden, oder einfach in marktwirtschaftlicher Freiheit am Telefon. Bevor wir die Wertpapiere näher untersuchen, muss kurz festgestellt werden, was „Wert“ wirklich ist. Nach der Analyse von Marx bestimmt sich der (Tausch-)Wert der Waren durch die in Ihnen enthaltene gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit. Produktionsmittel, die vergangene, tote Arbeit darstellen, können sich nur verwerten indem sie lebendige Arbeit einsaugen. *„Die Produktionsmittel verwandeln sich sofort in Mittel zur Einsaugung fremder Arbeit. Es ist nicht mehr der Arbeiter, der die Produktionsmittel anwendet, sondern es sind die Produktionsmittel, die den Arbeiter anwenden.“*

Statt von ihm als stoffliche Elemente seiner produktiven Tätigkeit verzehrt zu werden, verzehren sie ihn als Ferment ihres eigenen Lebensprozesses und der Lebensprozess des Kapitals besteht nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert. Schmelzöfen und Arbeitsgebäude, die des Nachts ruhn und keine lebendige Arbeit einsaugen sind reiner Verlust (mere loss) für den Kapitalisten.“ (K. Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, Dietz 1988, S. 329)

Die Wertpapiere, um die es hier geht, hat Marx unter dem Begriff „fiktives Kapital“ gefasst. Ein Beispiel ist die Aktie (Anteilsschein am Grundkapital einer Aktiengesellschaft): „Aber dieses Kapital existiert nicht doppelt, einmal als Kapitalwert der Eigentumstitel, der Aktien, und das andere Mal als das in jenen Unternehmen wirklich angelegte oder verausgabte Kapital. Es existiert nur in jener letzten Form, und die **Aktie ist nicht als ein Eigentumstitel, pro rata, auf den durch jenes zu realisierenden Mehrwert.** ...Die selbständige Bewegung des Wertes dieser Eigentumstitel, nicht nur von Staatseffekten, sondern auch der Aktien, bestätigt den Schein, als bildeten sie wirkliches Kapital neben dem Kapital oder dem Anspruch, worauf sie möglicherweise Titel sind. Sie werden nämlich zu Waren, deren Preis eine eigentümliche Bewegung und Festsetzung hat. **Ihr Marktwert erhält eine von ihrem Nominalwert verschiedene Bestimmung, ohne dass sich der Wert (wenn auch die Verwertung) des wirklichen Kapitals änderte.** Einerseits schwankt ihr Marktwert mit der Höhe und der Sicherheit der Erträge worauf sie Rechtstitel geben....In Zeiten einer Klemme im Geldmarkt werden diese Wertpapiere also doppelt im Preise fallen, erstens weil der Zinsfuß steigt, und zweites weil sie massenhaft auf den Markt geworfen werden, um sie in Geld zu realisieren....Sobald der Sturm vorüber ist, steigen diese Papiere wieder auf ihre früheren Höhe, soweit sie nicht verunglückte oder Schwindelunternehmen vorstellen. Ihre Depreziation in der Krise wirkt als kräftiges Mittel zur Zentralisation des Geldvermögens. Soweit die Entwertung oder Wertsteigerung dieser Papiere unabhängig ist von der Wertbewegung des wirklichen Kapitals, das sie repräsentieren, ist der Reichtum einer Nation gerade so groß vor wie nach der Entwertung oder Wertsteigerung. ..Soweit die Entwertung nicht wirklich Stillstand der Produktion und des Verkehrs auf Eisenbahnen und Kanälen oder Aufgeben von angefangenen Unternehmen ausdrückte oder Wegwerfen von Kapital in positiv wertlosen Unternehmungen, wurde die Nation um keinen Heller ärmer als durch das Zerplatzen dieser Seifenblasen von nominellen Geldkapital. All diese Papiere stellen in der Tat nichts vor, als akkumulierte Ansprüche, Rechtstitel auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert, wie bei den Staatsschulden, oder vom Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird. (K. Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, Dietz 1988, S. 484-486). Anleihen, wie z.B. die o.g. Staatsschulden (Staatsanleihen) haben auch einen sich im Zeitablauf ändernden Preis, den Kurs:

„Die Bildung des fiktiven Kapitals nennt man kapitalisieren. Man kapitalisiert jede regelmäßig sich wiederholende Einnahme, indem man sie nach dem Durchschnittszinsfuß berechnet, als Ertrag, den ein Kapital, zu diesem Zinsfuß ausgeliehen, abwerfen würde.“ Jährlicher Ertrag von 100 und Zinssatz von 5 % ergeben für den Eigentumstitel auf die 100 also einen Kapitalwert von 2.000. „Aller Zusammenhang mit dem wirklichen Verwertungsprozess geht so bis auf die letzte Spur verloren, und die Vorstellung vom Kapital als einem durch sich selbst verwertenden Automaten befestigt sich“ (K. Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, Dietz 1988, S. 484-486).

Dass der Kapitalwert des fiktiven Kapitals „illusorisch ist“ und der Zusammenhang mit dem wirklichen Verwertungsprozess zwar verschleiert ist, es den „sich selbst verwertenden Automaten“ aber eben nicht gibt, zeigt sich insbesondere in der Krise, wenn durch fiktives Kapital repräsentierte Ansprüche auf Mehrwert zumindest von einzelnen Marktteilnehmern nicht mehr in die Zukunft verschoben werden können, sondern eingelöst werden sollen. Das Wertgesetz (im Sinne von Marx) zerreißt dann den schönen Schein vom fiktiven Kapital.

Dies war schon im „klassischen Börsen- und Bankenkrach“ so, dazu braucht es keine „neuen Finanzinnovationen“, die bei näherer Betrachtung so neu auch nicht sind:

Aktien (= Anteilsscheine) repräsentieren einen Anteil am Grundkapital einer Aktiengesellschaft (AG). Neben dem Marktwert (Kurs) zum aktuellen Zeitpunkt können sie auch auf Termin gehandelt werden, d.h. der Verkäufer verpflichtet sich zum festgelegten Zeitpunkt die Aktie zum vereinbarten Kurs zu liefern bzw. umgekehrt wird vom Käufer aus gesehen eine Verpflichtung zum Kauf eingegangen. Man sagt auch, der Käufer hat eine **Kaufoption** auf die Aktie zu diesem Zeitpunkt.

Termingeschäfte, Optionsgeschäfte gibt es wie oben angesprochen für Aktien, aber auch z.B. für Rohstoffe. So kann die Ernte im Herbst schon im Frühjahr verkauft werden, in der Landwirtschaft (z.B. Hopfenanbau) seit jeher üblich. Optionen müssen nicht notwendig an einen Termin gekoppelt sein, es kann auch ein bestimmtes Ereignis sein, z.B. dass der Wert einer Aktie einen bestimmten Wert unter- oder überschreitet. Die Konstruktionen begrenzen die Risiken einer Partei (z.B. des Hopfenbauers) bzw. geben sie teilweise an andere Parteien (z.B. die Brauerei) weiter.

Leerverkäufe. Der Anbieter einer Kaufoption für eine Aktie muss die Aktie nicht notwendig besitzen. Sie muss dann zum vereinbarten Zeitpunkt von ihm erst gekauft werden bzw. er bezahlt (oder streicht ein) die Differenz zwischen Optionspreis und Marktpreis zum Optionszeitpunkt. Das Geschäft macht insbesondere Sinn, wenn der Anbieter über Informationen verfügt, die ihn vermuten lassen, dass der Kurs der Aktie steigt oder fällt. Da unterstellt wird, dass mehr Teilnehmer an einem Markt mehr wissen als nur einige (die eben die Aktie halten) bringen Leerverkäufe insgesamt mehr Wissen in den Markt und machen ihn so „wissender“ = effizienter.

Anleihen oder Obligationen sind verzinsliche Wertpapiere, sie werden vom jeweiligen Schuldner (Unternehmen, Staat) ausgegeben. Die Rückzahlung erfolgt zum vorher festgelegten Zeitpunkt. Bis dahin schwankt der Kurs in Abhängigkeit vom aktuell vorherrschenden Zinssatz und der Wahrscheinlichkeit, dass der Schuldner ganz oder teilweise ausfällt. Dieses Risiko versuchen die Marktteilnehmer mit Ratings zu erfassen.

CDO (Collateral Debt Obligations) sind forderungsbesicherte Wertpapiere, die meist im Auftrag von Banken von extra dafür gegründeten **Zweckgesellschaften** (Special Purpose Vehicles, **SPV**) herausgegeben werden. Die zur Sicherheit dienenden Forderungen können z.B. Hypotheken sein, die – wenn sie in der Immobilienkrise ausfallen – die zugehörigen CDO entwerten.

CDS (Credit Default Swaps) sind handelbare Kreditausfallversicherungen. Ihr jeweiliger Besitzer, der Sicherungsnehmer, bezahlt eine Prämie, dafür bekommt er vom Sicherungsgeber eine Auszahlung, wenn der Referenzschuldner, z.B. eine große Firma oder ein Staat, zahlungsunfähig wird. Die Ungewissheit darüber, wer wieviele Milliarden von diesen weitgehend unreguliert und in Leerverkäufen gehandelten Papieren als Sicherungsgeber oder – nehmer hält, ist ein Grund für das Zögern, z.B. Griechenland oder Portugal pleite gehen zu lassen. (Die meisten CDS Verträge sind so konzipiert, dass die Versicherung fällig wird, wenn die Ratingagenturen die Pleite, den „default“, erklären).

Derivate sind allgemein Wertpapiere, deren Wert von einem Basiswert abgeleitet ist. Der Basiswert kann der Kurs einer Aktie oder einer Obligation sein, der Preis eines Rohstoffes etc. Die oben angesprochenen Optionen sind eine Form der Derivate.

Hebelung: Das Derivat wird so konstruiert, dass sich sein Kurs überproportional zum Preis des Basiswertes entwickelt. Z.B. für eine Aktienoption muss ein Kapitalist 5% des vereinbarten zukünftigen Kurswertes hinterlegen, z.B. 5€ für 100€ Aktien. Liegt der tatsächliche Kurswert am Stichtag bei 110€ hat der Kapitalist aus 5€ 10€ gemacht. Der Aktienkurs ist um 10% gestiegen, der Optionswert hat sich verdoppelt. Ein anderes Mittel zur Hebelung sind Kredite: Wenn ein Fond für jeden investierten Euro noch einen Euro Kredit aufnehmen kann und damit Aktien kauft, wird er seinen Ertrag bei einer Verdoppelung des Aktienkurses fast (abzüglich der

Kreditzinsen) vervierfachen. Die Hebel wirken natürlich in beide Richtungen, d.h. sie vervielfachen auch Verluste. Sie sind aber nicht ursächlich für die Verluste.

Diese Wertpapiere, die fiktives Kapital darstellen, werden im Finanzhandel konstruiert, um aus der materiellen Produktion dort durch Arbeit erzeugten Mehrwert abzuziehen. Die heute dabei eingesetzten „Risikopapiere“ sind deshalb so riskant, weil die Kapitalisten mit Derivatpapieren handeln, z.B. Aktienoptionen, die einen Anspruch darstellen auf Aktien, die ihrerseits Anspruch auf einen Teil des Mehrwerts darstellen, der in der materiellen Produktion einer Aktiengesellschaft erzeugt wird. Die Kapitalisten versuchen mit diesen „Risikopapieren“ die profiterzeugende Kraft jedes investierten Euro zu vergrößern, wie mit einem Hebel in der Mechanik. Diese „Hebel“ bringen mit sich, dass sowohl Gewinn- als auch Verlustmöglichkeiten vervielfacht werden. Lässt der zyklische Aufschwung⁶ in der materiellen Produktion nach, kommt der Moment, wo die ersten Kapitalisten abspringen. Dann folgt wie in jedem Markt für fiktives Kapital, das schneller als reales Kapital, z.B. Gebäude oder Maschinen, verkauft werden kann, plötzliche Panik und Finanzkrise, früher oft Börsenkrach genannt. Die Finanzkrise, der Krach, löst dabei beschleunigt Pleiten aus, bremst geplante Investitionen, und beschleunigt so den Abschwung der Produktion.

Der zyklische Aufschwung nach 2002, der durch die oben genannten massiven Staatseingriffe unter den Propagandatiteln „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ auf den Weg gebracht wurde, war 2007 zu Ende. Der Krach folgte 2008 und war heftiger als 1998/2002. Im verschärften Konkurrenzkampf nach 2002 hatten sich auch die Risiken der Finanzmärkte vergrößert (siehe obige Tabelle). Das beschleunigte den Weg in die Krise und vertiefte sie. Der Produktionseinbruch 2009 war so tief, dass er nur mit noch stärkerer Staatsnachfrage abgedämpft werden konnte. Die Propagandaleier „Mit Staatseingriffen bekommen wir alles in den Griff“, bekannt aus den 20er, 30er und 70er Jahren, wurde ausgepackt, oft zusammengefasst unter dem Schlagwort „Keynesianismus“.

Die gegenwärtige zyklische Krise

Der bis Mitte 2011 von den herrschenden Medien in Deutschland verkündete XXL-Aufschwung erwies sich in der 2. Jahreshälfte als Flop. Wir ersparen es uns, die Begründungen für die gesenkten Wirtschaftsprognosen seitens derselben Medien nochmal herzubeten. Wir selbst hatten nicht angenommen, dass die Depression in Deutschland 2010 überhaupt so schnell und stark in eine gewisse Belebung überging.

Zum grundlegenden Verständnis des kapitalistischen Wirtschaftszyklus und seinen Phasen Krise, Depression, Belebung und Aufschwung haben wir die „Kurze Zusammenfassung“ des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ hier im Kasten „Wirtschaftskrisen im Kapitalismus“ abgedruckt.

⁶ Zum kapitalistischen Wirtschaftszyklus und seinen Phasen Krise, Depression, Belebung und Aufschwung: Kasten „Wirtschaftskrisen im Kapitalismus“.

Wirtschaftskrisen im Kapitalismus

Kurze Zusammenfassung⁷

1. Die Wirtschaftskrisen sind Krisen der Überproduktion. Die Grundlage der Krisen ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse. Erscheinungsformen dieses Widerspruchs sind erstens der Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion innerhalb der einzelnen kapitalistischen Betriebe und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft, und zweitens der Widerspruch zwischen dem gewaltigen Wachstum der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus und der relativen Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der werktätigen Massen. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus tritt im Klassenantagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie zutage.

2. Die Periode vom Beginn einer Krise bis zum Beginn der nächsten Krise heißt Zyklus. Der Zyklus besteht aus folgenden Phasen: Krise, Depression, Belebung und Aufschwung. Die materielle Grundlage der Periodizität der kapitalistischen Krisen ist die periodische Erneuerung des fixen Kapitals. Mit den industriellen Krisen verflochten sich die Agrarkrisen, die sich infolge des Monopols des privaten Grundeigentums und der Rückständigkeit der Landwirtschaft im Kapitalismus durch einen langwierigen Charakter auszeichnen.

3. Die kapitalistischen Krisen bedeuten eine gigantische Vernichtung von Produktivkräften. Sie bringen den werktätigen Massen unermessliche Not. In den Krisen kommt der historisch beschränkte Charakter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die Unfähigkeit des Kapitalismus zur weiteren Lenkung der aus seinem Schoß hervorgewachsenen Produktivkräfte besonders krass zum Ausdruck. Um die Krisen zu vernichten, muss man den Kapitalismus vernichten.

4. Die geschichtliche Entwicklungstendenz des Kapitalismus besteht darin, dass er einerseits die Produktivkräfte entwickelt und die Produktion vergesellschaftet und damit die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus schafft, während er andererseits seinen Totengräber hervorbringt in Gestalt des Proletariats, das den revolutionären Kampf aller Werktätigen für die Befreiung vom Joch des Kapitals organisiert und führt.

Ernst Thälmann zur Wirtschaftskrise 1929 - 1931⁸:

Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zyklischen Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Hier müssen wir die dialektische

⁷ Die „Kurze Zusammenfassung“ ist unserer Meinung nach eine gute kurze Darstellung der kapitalistischen Wirtschaftskrisen. Sie ist dem Kapitels XVI, Die Wirtschaftskrisen, des „Lehrbuch „Politische Ökonomie““ vom Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR entnommen, deutsche Originalausgabe Dietz Berlin, hier aus Lizenzausgabe für Westdeutschland, Verlag Das Neue Wort, Düsseldorf 1955, S. 252/3.

Sie geht noch nicht auf die Krisen im Monopolkapitalismus ein, der vom Finanzkapital geprägt ist. Für die konkrete Analyse der heutigen Situation in Deutschland müssen darüber hinaus die Widersprüche untersucht werden, die sich in den Klassenkämpfen entwickelt haben. Unsere vorliegende Arbeit soll dazu beitragen.

⁸ Ernst Thälmann, „Volksrevolution über Deutschland“. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15. Januar 1931. Zitiert aus dem o.g. Lehrbuch, S. 310.

Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Einerseits nimmt die periodische Krise heftige und noch nie dagewesene Formen an, weil sie sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird. Andererseits wirken wiederum die Zerstörungen durch die periodische Krise vertiefend und beschleunigend auf die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems.

Bei der schnellen Belebung spielte zunächst die starke staatliche Subvention der Kurzarbeit eine Rolle. Damit wurde einer drohenden „Radikalisierung der Gewerkschaften“ vorgebeugt. Am klarsten drückte das der Finanzchef von Siemens, Kaeser, aus: „Entlassungen sind Gift für den sozialen Frieden.“ Andererseits konnte so die Produktion auf wiederauftauchende Nachfrage schnell reagieren. Die Nachfrage tauchte in der Tat für die deutschen Kapitalisten unerwartet schnell auf, im Frühjahr 2010, verursacht durch leichte Belebungen in Europa und starke Nachfrage aus den nichteuropäischen Ländern, v.a. in den zwei weltgrößten Volkswirtschaften, China und den USA. Dabei wirkten sich aus:

- die de facto Abwertung des Euro gegen den US-Dollar um ca. 15% in der (damaligen) Euro-Krise, die dem EU-Hauptexporteur Deutschland zu Gute kam, und
- die langsame Reaktion der chinesischen Wirtschaft auf die von der Zentralregierung Chinas beschlossenen Dämpfungsmaßnahmen des Wirtschaftswachstums nach einem massiven Anti-Krisen-Programm, das die Inlandsnachfrage stark erhöhte. Vom anhaltenden hohen Wachstum dort profitierte vor allem der deutsche Maschinenbau, von den wachsenden Einkommen die deutschen PKW-Exporteure.

Die Belebung in Deutschland konnte in das erste Halbjahr 2011 hinüber gerettet werden, ging aber nicht in einen Aufschwung über, weil die Rekordgewinne wieder überwiegend nicht in Produktionsanlagen investiert, sondern auf den Finanzmarkt geworfen wurden. Die Großkapitalisten misstrauten dem von ihren Medien propagierten XXL-Aufschwung, ihre Produktionsanlagen waren in vielen Betrieben noch nicht ausgelastet. Dem Kapitalisten ist egal woher der Profit kommt, ob aus der Produktion oder aus Finanzanlagen. Hauptsache, der Profit ist größer, als der der Konkurrenten, denn es gilt das kapitalistische Gesetz: Der Stärkere frisst den Schwächeren. Die Konzerne legen die Gewinne in einer Finanz-Kriegskasse an und warten auf die Schwäche von Konkurrenten, um deren Produktionskapazitäten zu übernehmen, statt eigene neue aufzubauen. Die Milliardengewinne zirkulieren inzwischen auf den Finanzmärkten. Dazu mehr im nächsten Abschnitt.

Die Situation der deutschen Wirtschaft stellt sich Ende 2011 also nicht viel anders dar als 2008, als sie in die Weltwirtschaftskrise rauschte, allerdings mit einigen wichtigen Unterschieden, auf die wir im Folgenden eingehen.

Mit den Staatsgarantien von 2008/9/10 in Höhe von jeweils rund 1000 Milliarden US-Dollar sollte in Europa und in den USA wieder Ruhe an der Finanzfront einkehren. Sie sollten vor allem eine Kettenreaktion von Bank- und Staatspleiten verhindern, die die gesamte kapitalistische Wirtschaft und damit die bestehende Herrschaft der Finanzoligarchie in Frage stellt. Dann sollte in einem zyklischen Aufschwung Wirtschaftswachstum erzielt werden, in dem sich die Banken und auch die Staatsfinanzen sanieren könnten.

Die erhofften Wachstumsraten haben sich nach den Bankenrettungsaktionen von 2008 und 2010 nicht eingestellt. Wie sich auch an der Nachfrage nach deutschen Exportgütern zeigt⁹ war die Belebung weltweit, außer in China, 2010 nicht stark genug, um den Rückgang von 2009 auszugleichen. Ein guter Indikator für den Stand der Industrie im Zyklus sind die Aufträge, weil die Auftragslage der Produktion vorausläuft. Nach dem Tiefstand im Februar 2009 mit Indexstand¹⁰ 77,9 erreichten die Aufträge in der deutschen Industrie in der Belebung mit einem Indexstand von 119,2 einen Höhepunkt im Juni 2011, der aber unter dem Höhepunkt des letzten Zyklus, Indexstand 126,1 im November 2007, lag. Die vorhandenen Produktionskapazitäten sind noch nicht voll ausgenutzt. Seitdem ist der Auftragseingang in der Industrie Monat für Monat zurückgegangen.

Die Belebung geht nicht in einen Aufschwung über. Wir hatten im Frühjahr auf die fehlende Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Inland verwiesen¹¹, die den noch nicht ausgenutzten Produktionskapazitäten entsprach, und die zweifelhaft erscheinen ließ, ob es einen wirklichen Aufschwung geben würde. Wenn jetzt die Medien die „Eurokrise“ als Ursache für die ausbleibenden Investitionen in der Industrie nennen, ist das zu kurz gegriffen. Die „Eurokrise“ ist, worauf wir im Folgenden eingehen, im Wesentlichen eine Krise der Finanzoligarchie, die drohende Verluste aus dem fiktiven Kapital, den „Risikopapieren“, auf die Staaten abwälzen will. Wenn in der materiellen Produktion kein zusätzlicher Mehrwert erzeugt wird, können Versprechen auf die Umverteilung dieses Mehrwerts, und nichts anderes ist fiktives Kapital, nicht eingelöst werden.

Die „Eurokrise“ folgt der zyklischen kapitalistischen Krise. Die kapitalistische Krise bringt die Finanzkrise mit sich, und bereitet mit jedem Ausweg eine noch größere Krise vor. Die bürgerlichen Medien greifen bei der Ursachenanalyse der Krise nicht zufällig zu kurz, ist es doch ihre Aufgabe, uns den Kapitalismus als das höchste und letzte Stadium nicht der Kapitalisten sondern der ganzen menschlichen Entwicklung zu preisen.¹²

Finanzkrise, Bankenkrise, „Eurokrise“: Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Auch die aktuelle „Eurokrise“ fiel nicht vom Himmel. Angekündigt hat sie sich durch einen Crash der Bankaktien im Sommer 2011, der unmittelbar ausgelöst war vom Zweifel der Investoren am Aufschwung in den großen kapitalistischen Ländern. Der Aufschwung in der produzierenden Wirtschaft wäre Voraussetzung gewesen für eine Sanierung der Banken. Die Grundlage für den Absturz der Aktienkurse der Großbanken war schon mit dem „Krisenmanagement“ von 2008 gelegt worden. Damals wurde die Finanzkrise, die durch die oben angesprochene „Spekulationsblase“ der Jahre nach 2002 ausgelöst worden war, durch die oben erwähnten Billionen-Staatsgarantien aufgefangen. Die Banken mussten ihre „Risikopapiere“ nicht sofort abschreiben und konnten in der Hoffnung auf zukünftiges Wirtschaftswachstum überleben. Die Rechnung der Finanzoligarchen war, dass in einem zyklischen Aufschwung wie nach 2002 einige dieser „Risikopapiere“ wieder an Wert gewinnen würden, die Banken sich sanieren könnten, und mit ihnen die mit ihnen verflochtene Finanzoligarchie.

⁹ Siehe Tabelle im Artikel „Exporte“ in dieser KAZ, Quelle Statistisches Jahrbuch 2010.

¹⁰ Quelle: Monatsbericht Bundesbank, Oktober 2011, statistisches Beiheft, saisonbereinigt, Preise von 2005

¹¹ KAZ 334 „Krise vorbei?“, Stephan Müller in junge welt 14.03., S.9

¹² Gut erläutert ist die Rolle der Medien bei Erfüllung dieser Aufgabe am Beispiel des deutschen Leit-Medien-Konzerns Bertelsmann in dem Buch „Agenda Bertelsmann“ von Biermann/Klönne, papyrossa, 2008.

Der Aufschwung sollte durch eine „Politik des billigen Geldes“ angeschoben werden, also dadurch, dass der Staat durch die Zentralbank jede Menge Geld an die Geschäftsbanken zu niedrigsten Zinsen verleiht, ebenfalls wie nach der Krise 2002. Wegen der Tiefe der Depression von 2009 gab es zunächst, wie oben dargestellt, eine gewisse Belebung, schon weil aufgeschobene Bestellungen nachgeholt wurden. Die Staaten versuchten weltweit die Belebung mit Hilfe stark erhöhter Ausgaben in einen Aufschwung zu bringen, auf Kosten weiterer Verschuldung. Die Milliarden für die Verschrottungsprämien gehören dazu, vor allem aber die Milliarden, die in die Rüstung gingen, und mit denen die imperialistischen Kriege finanziert werden. Das Kernproblem der kapitalistischen Wirtschaft, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, wird dadurch nicht gelöst. Ebenfalls wie 2002 wurde durch das Krisenmanagement 2008/9 nur die Grundlage für die nächste, größere Krise gelegt, wie wir im Folgenden darstellen.

Im Lauf des Jahres 2010 wurde deutlich, dass in keinem Land außer China das Nachfrageproblem, das sich den Kapitalisten als Überkapazität in den Märkten darstellt, gelöst war. Während in China die Löhne stark stiegen¹³, wurde in den kapitalistischen Ländern, auch in Deutschland, die Krise genutzt, um die Löhne real¹⁴ zu drücken. 2011 waren in Deutschland deshalb die Gewinne in der Industrie¹⁵ höher als je zuvor seit Ende der Nachkriegs-Wiederaufbauphase um 1970. Die Rekordgewinne werden aber eben nicht in die massenweise Neuanlage von fixem Kapital, also Produktionsanlagen, gesteckt, die die Belebung in den Aufschwung bringen würde, sondern in Finanzoperationen. Um das zu verhindern, schlagen Reformisten vor, Bank- und Industriekapital zu trennen. Weil Finanzoperationen aber immer den Zweck haben, sich Mehrwert anzueignen, der nur in der materiellen Produktion erzeugt werden kann, ist die Trennung von Industrie- und Bankkapital ein frommer Wunsch. Die immer höhere Zentralisation und Konzentration des Kapitals hat notwendig eine Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital hervorgebracht¹⁶, wobei sich der Kapitalismus seit etwa 1900 zum Imperialismus weiterentwickelte. Die Kapitalistenclans aus der Produktions- und Bankensphäre, die sich in diesem durch schwere Krisen vermittelten Prozess als stärkste durchsetzten, verschmolzen zur Finanzoligarchie¹⁷. Die Widersprüche zwischen den Finanzoligarchen nahmen damit nicht ab. Durch die größeren Kapitalmassen verfügten sie über zunehmende Machtmittel, die sie unter dem Gesetz der Konkurrenz mit zunehmender Gewaltsamkeit gegeneinander einsetzten. Diese Gesetzmäßigkeit, in Lenins „Imperialismus...“ 1916 nachgewiesen, fliegt uns seit Anfang des letzten Jahrhunderts um die Ohren.

¹³ Der jährliche Durchschnittslohn in China stieg, in Euro umgerechnet, von 1000 € in 1999 auf 4148€ in 2011. Quelle FTD 02.08.2011/Bloomberg. Davon muss die Inflation abgezogen werden, die z.T. durch die Wechselkursentwicklung ausgeglichen wird.

¹⁴ Nach Abzug von Inflation und Steuern, und Zusatzbelastung, um Kürzungen der Kranken-, Renten, und Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Siehe unter Punkt 5.

¹⁵ Gewinnmarge in der Industrie: Verkaufspreis minus Kosten, Quelle: FTD 27.10.2011, S. 15

¹⁶ Siehe Hilferding, *Das Finanzkapital*, 1910, und dessen grundlegende politische Einordnung durch Lenin 1916 in seiner Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, LW22.

¹⁷ Die deutsche Finanzoligarchie ist weitgehend identifizierbar durch die Liste der deutschen Milliardärsclans wie Siemens, Bosch, Porsche-Piech, Haniel, und den von ihnen und ihrem Personal kontrollierten Aufsichtsräten der deutschen Industrie- und Finanzkonzerne. Gute Darstellungen und Datensammlungen bei Beate Landefeld im Internet-Blog: BLBlogB2T

Es ist nicht erst seit der eingangs erwähnten „Derivate- Krise“ 1998 bekannt, dass die massenhafte Neuanlage des Profits der Finanzkapitalisten in Risikopapiere zum Risiko für das kapitalistische System selber wird. Wie in jeder großen Krise des Kapitalismus wurde deshalb auch diesmal in den bürgerlichen Medien laut nach einer Regulierung der Finanzmärkte gerufen. Damit sind aber immer nur die Finanzkapitalisten anderer Länder gemeint. Die bei uns herrschende Finanzoligarchie will möglichst nur den Konkurrenten Steine in den Weg legen, nicht sich selbst. Das Volumen der Risikopapiere, die zum Systemrisiko werden, ging seit dem Ende der Krise 1998/2002 nicht etwa zurück, sondern nahm im gegenwärtigen Zyklus nochmal gewaltig zu, wie aus der Fortschreibung der eingangs gezeigten Tabelle um weitere fünf Jahre zu sehen ist:

Billionen US-Dollar	1990	1995	2000	2005	2010
Welt BIP	22	30	32	45	63
Weltfinanzvolumen ¹⁸	36	64	100	165	293

Das heißt: Der Weltwirtschaftsleistung von 63 Billionen US-Dollar steht nun schon fast das Fünffache, 293 Billionen US-Dollar, an Wertpapieren gegenüber. Zunächst sind da die Billionensummen von noch nicht abgeschriebenen Risikopapieren, Krediten und Kreditderivaten aus der Zeit vor 2008, oft auf Immobilienbasis.

Dazu kommen mit dem staatlichen Krisenmanagement seit 2008 zunehmend die Staatsanleihen von Ländern, deren Finanzkraft in Zweifel gezogen wurde, und die darauf aufbauenden Derivate. Anleihen der finanzschwächeren europäischen Staaten Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien hatten nach 2008 für die Banken und ihre Aktionäre den Reiz, hochprofitabel zu sein. Sie warfen umso höhere Renditen ab, je mehr die Nachfrage (Finanzbedarf des Staates) stieg im Vergleich zum Angebot (Banken, die bereit sind, dem Staat Geld zu leihen). Die Rendite ergibt sich aus dem Ertrag (Zinsen) der Staatsanleihe im Verhältnis zum Eigenkapital, das die Bank aufwenden muss, um dem Staat das Geld zu leihen. Die Banken können sich durch die „Politik des billigen Geldes“ das Geld billig, zu niedrigen Zinsen, von den Zentralbanken leihen, und teuer, zu hohen Zinsen, weitergeben, und erzielen so hohe Erträge. Und das mit wenig oder gar keinem Kapitalaufwand: Weil Staatsanleihen nach den Vorschriften der Bankaufsicht weiterhin als risikolos galten, mussten die Banken dafür kein zusätzliches Eigenkapital aufnehmen. Genau das macht diese Staatsanleihen für die Banken gefährlich, denn das Eigenkapital hat keinen anderen Zweck, als mögliche Verluste auszugleichen. Und die griechischen etc. Staatspapiere werfen so hohe Renditen ab, eben weil sie im gegenwärtigen Zyklus das Risiko der Zahlungsunfähigkeit der Schuldner mit sich bringen.

Mit den Staatspapieren spielten die Banken in diesem Zyklus natürlich das gleiche Spiel wie in vorigen Zyklen mit den anderen Risikopapieren: Die Rendite wird vervielfacht durch Mehrfachumsatz, z.B. wenn das Risiko mit Kreditausfallversicherungen¹⁹ weitergegeben wird. Damit vervielfacht sich auch das Risiko in der Krise, z.B. wenn die Kreditausfallversicherer selbst zahlungsunfähig werden, wie 2008 die US-amerikanische AIG, die

¹⁸ Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.03.2011, S.46

¹⁹ CDS, Credit Default Swaps, siehe Kasten „Zockerpapiere, fiktives Kapital“.

damals weltgrößte Versicherung, die mit einer Staatshilfe von 180 Mrd. US-Dollar gestützt werden musste. Damals bestand die Gefahr eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Finanzmarktes, und damit der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt.

Da beißt sich die kapitalistische Katze in den Schwanz: Die Banken sollen höhere Profitmöglichkeiten anbieten, als sie die materielle Produktion ermöglicht. Sie können aber die Profite nur aus der materiellen Produktion ziehen, vor allem in der Aufschwungphase des Zyklus, wenn die Gewinne steigen. Bei einem Abflauen des Wachstums der materiellen Produktion folgen Panik und Krach. Zeigt sich die Unfähigkeit der Banken, Profit im Schneeballsystem zu erzeugen („Platzen der Blase“), droht die Entwertung des fiktiven Kapitals. Durch die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital wird dann auch die Investitionstätigkeit in der materiellen Produktion weiter gebremst. Vertieft sich dann die Krise in der Produktion, entwerten sich die Risikopapiere, die fiktives Kapital darstellen, umso mehr.

Um zu verhindern, dass aus einer plötzlichen Entwertung der Staatsanleihen, und dann möglicherweise der anderen Risikopapiere, eine langanhaltende Depression entsteht, musste die Finanzoligarchie die neue Bankenrettungsaktion im Herbst 2011 in die Wege leiten. Die Aktionen erscheinen chaotisch in der öffentlichen Darstellung, weil der Staat bzw. die EU als Staatenallianz mehrere Interessenschichtungen unter einen Hut bringen muss, die wir im Folgenden anreißen.

Zum einen sollte ein Zusammenbruch des Bankensystems verhindert werden. Durch die internationale Verflechtung der nationalen Finanzoligarchen besteht die Gefahr, dass eine Kettenreaktion von Pleiten entsteht, die das gesamte kapitalistische Herrschaftssystem in Frage stellt.

Zum anderen diktiert das Konkurrenzgesetz den Kapitalisten, auch bei Staatseingriffen im gemeinsamen Interesse der Finanzoligarchie darauf zu achten, dass der eigene Clan möglichst gut aus der Krise herauskommt, und die Konkurrenten möglichst schlecht. In mehr als einem Jahrhundert Finanzkapitalismus haben sie gelernt, Allianzen zu bilden und zu ändern, je nach Situation. Dazu kämpfen sie gegeneinander um möglichst hohen Einfluss in ihrem Staat, bilden aber nationale Allianzen, um mit der Macht ihres Staates die Entwicklung im Staatenbündnis EU für sich zu beeinflussen. Das Staatenbündnis EU wieder gingen sie ein, unter anderem weil sie allein zu schwach gegen die USA sind. So beschreibt die nicht-deutsche Presse im Auftrag ihrer Eigentümer Merkel wenig schmeichelhaft, und die deutsche Monopolpresse darf über alle anderen Staaten und deren Politiker herfallen. Bei den Verhandlungen musste die jeweilige Regierung zudem darauf achten, dass sie nicht einzelne Finanzoligarchen sichtbar bevorzugt, so dass sie die Unterstützung der anderen Finanzoligarchen verliert. Z.B. die Deutsche Bank hat großes Interesse, aus der „Eurokrise“ 2011 als stärkste Bank der Euro-Zone heraus zu gehen. Der Einfluss der Deutschen Bank bzw. ihres Chefs Ackermann war dabei im Sinn des Wortes gespenstisch: Am entscheidenden Abend des 23. Oktober in Brüssel blieb Ackermann unsichtbar, obwohl er von der Presse gesucht wurde. Die Journalisten berichteten aber, dass Nachrichten zwischen Merkel und Ackermann „in einem anderen Gebäude“ zirkulierten.

Die Krisensituation von 2008 hat sich 2011 also nicht in einen Aufschwung aufgelöst, sondern verschärft: Zum einen wurde die Lösung, wie immer im Kapitalismus, zuerst gesucht durch verschärfte Ausbeutung nach innen. Dadurch wurde die Inlandskonsumnachfrage weiter geschwächt. Zum anderen wird versucht, die Lasten der Krise nach Möglichkeit auch anderen Ländern aufzuerlegen. Das hat zu einer Vertiefung der Krise dort mit der Folge verminderter Nachfrage nach Waren aus Deutschland geführt: Die Hauptexportmärkte Deutschlands neben China und den USA sind Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien, über die Hälfte des deutschen

Exports geht in die EU. Und schließlich brachten die Staatseingriffe zur Bankenrettung und zum Ausgleich der nachlassenden Nachfrage im Inland²⁰ eine massive weitere Verschuldung des Staates bei den Banken mit sich.

Die Staaten stehen nun unter erhöhtem Druck, ihren Finanzoligarchen Möglichkeiten zu bieten, neue Geschäfts- und Profitfelder zu erschließen, um aus der Depression herauszukommen, damit eine Entwertung des fiktiven Kapitals vermieden, auf andere Länder verschoben oder zumindest aufgeschoben wird. In Deutschland fordert die Finanzoligarchie von seinem Personal im Staat, endlich den politischen Einfluss nach innen und außen den veränderten ökonomischen Machtverhältnissen anzupassen. Was das konkret bedeutet, erleben wir auf der politischen Bühne, teils vor, teils hinter den Kulissen: Es geht für den deutschen Imperialismus um einen großen Schritt nach vorn im dritten Anlauf zur Weltmacht.

Der dritte Anlauf zur Weltmacht.

Bei den EU-Krisengipfeln in diesem Herbst diktierte die Regierung dieses Deutschlands, das nicht aus der Krise herauskommt, zunächst der Regierung von Frankreich die Bedingungen der Bankenrettung, dann wurde dem Rest das Ergebnis mitgeteilt. Sarkozy war einmal angetreten, die BRD in der EU in die Schranken zu weisen. Er prägte zu Beginn seiner Amtszeit das Wort vom Sechszylinder für Europa, anstelle des Zweizylinders BRD-Frankreich. Gemeint war, durch eine stärkere Koordination der 5 großen EU-Staaten Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Polen den sechsten großen Staat BRD wieder von der Hegemonialposition wegzubringen. Die Bankenrettung am 8. Mai 2010 zeigte sich, dass die BRD die Macht hatte, Frankreich an seine Seite zu zwingen um den Rest zu dominieren. Diese Position ist in der gegenwärtigen Euro-Krise eher noch stärker geworden.

Wie konnte der deutsche Imperialismus auf den Tag 65 Jahre nach seiner Niederlage am 8. Mai 1945 wieder in diese Position kommen? Woher kommt die Macht, die Kapitalstärke? Wie ist es den deutschen Großkapitalisten nach der Niederlage 1945 nicht nur gelungen, unter dem Schutz der dominierenden kapitalistischen Macht USA zu überleben, sondern sich sogar wieder zu einer führenden imperialistischen Macht aufzuschwingen?

Sie konnten zum einen den Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager, der sich nach 1945 zum Kalten Krieg entwickelte, ausnutzen. Zum anderen konnte die geschlagene deutsche Finanzoligarchie davon profitieren, dass auch die französischen Imperialisten, die unter die Hegemonie der USA gekommen waren, die US-Vorherrschaft wieder abschütteln wollten. Zusammen mit den USA betrieben die deutschen Großkapitalisten die Spaltung Deutschlands und Europas mit dem Marshall Plan, der Montanunion und der EWG. Im Bündnis mit Frankreich machten sie die EWG zur EU, um damit Europa zu dominieren und mit den USA zu konkurrieren.

Wir haben einige bemerkenswerte Etappen des deutschen Imperialismus bei seinem dritte Anlauf zur Weltmacht im Kasten „Etappen: der dritte Anlauf zur Weltmacht“ dargestellt.

²⁰ Einige Beispiele (zum Vergleich Bundeshaushalt: ca. 300 Mrd. €): Bankenrettung Bund z.B. 18 Mrd. € für Commerzbank und ca. 8 Mrd € für HypoRealEstate (HRE) plus ca. 124 Mrd. € Garantien, wovon ca. 4 Mrd. € schon abgeschrieben sind. Bankenrettung Länderhaushalte z.B. 10 Mrd. € für die Bayerische Landesbank. Konjunkturprogramme, z.B. Abwrackprämie ca. 5 Mrd.€.

Etappen: Der dritte Anlauf des deutschen Imperialismus zur Weltmacht

8. Mai 1945 Nach dem völligen Verlust seiner Staatsmacht muss sich der deutsche Imperialismus unter die Fittiche der dominanten imperialistischen Siegermacht USA begeben.

1948 erfolgt die de facto Spaltung Deutschlands durch die Westmark, der parlamentarische Rat mit Adenauer wird von den USA eingesetzt.

1948 bis 1950 kann sich der deutsche Imperialismus den USA schon als Büttel für die Spaltung Deutschlands andienen und bekommt beschränkte Verfügung über Machtorgane.

1950 bis 1953 Koreakrieg: Der Koreakriegs-Boom beendet die Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion, der Waffenschmiede des deutschen Imperialismus, und legt die Grundlage für das „Wirtschaftswunder“.

1951 Gründung der „Montanunion“, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die größten Teilnehmer nach Prozent Stahlproduktion 1950: Deutschland 45%, Frankreich 27%, Belgien 11%. Hohe SPD- und DGB-Funktionäre werden durch Posten eingebunden. Die politische Leitung liegt bei Frankreich. Stimmrecht F 23%, D 23%. Der Bundesgrenzschutz wird gebildet, Sollstärke 140.000.

1954 Die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus in der BRD im Rahmen der EVG wird vom französischen Parlament abgelehnt.

1955 USA drängen auf beschleunigte Remilitarisierung. Die BRD wird Mitglied der NATO und erhält die Mittel der Staatsmacht im Rahmen einer begrenzten Souveränität. Die 1945 als Kriegstreiber identifizierten und entflochtenen Konzerne des deutschen Finanzkapitals können sich wieder herausbilden.

1956 KPD-Verbot.

1958 Aus der Montanunion wird die EWG. Adenauer und De Gaulle demonstrieren deutsch-französische Freundschaft. Großbritannien und andere Länder, die nicht der EWG beitreten, gründen die Europäische Freihandelszone EFTA.

1960 Frankreich verfügt über die Atombombe.

1961 Die BRD wird stärkste und aggressivste Macht Europas. Zum Vergleich Entwicklung der Anteile der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt:

1937 D (nur West)	8%,	F 5%,	GB 11%,	USA 42%.
1946 West-D	3%,	F 4%,	GB 10%,	USA 62%.
1950 BRD	5%,	F 4%,	GB 10%,	USA 55%
1956 BRD	8%,	F4%,	GB 10%,	USA 48%
1961 BRD	9%,	F5%, ,	GB 9%,	USA 43%,

Die nach 1945 entflochtenen Monopole und Großbanken haben sich wieder etabliert.

1963 De Gaulle und Adenauer schließen den Elysée-Vertrag zur deutsch-französischen Kooperation. Aus der EWG entwickelt sich in den 60er Jahren die EG.

1966 Austritt Frankreichs aus der Militärstruktur der NATO.

1966/67 Rezession in der BRD. Das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ bereitet eine massive Staatsverschuldung vor. Vietnamkriegs- Boom: Export in die USA steigt 1966 um 25%.

1967 Die BRD schließt sich mit den Niederlanden, Belgien, Canada und Italien zur *F-104-Replacement-Group*, um gemeinsame Planungen für ein *Multi-Role Aircraft 75 (MRA-75)* als Nachfolger für den „Starfighter“ der US-Firma Lockheed aufzunehmen. Der „Tornado“ wird entwickelt.

1968 Die Notstandsgesetze schaffen den Machtorganen des deutschen Imperialismus einen Rahmen, um ohne Hilfe der USA gegen einen Aufstand vorzugehen.

1970 – 1973 Ostverträge, der Export in die RGW Länder steigt von 1959 1,3 Mrd DM, auf 14,5 Mrd DM in 1974.

1970 Das EDIP (Eur. Defense Improvement Programme) und nationale Infrastrukturen in der NATO werden von den europäischen NATO-Mitgliedern beschlossen, zur „Entlastung“ der USA, die in Vietnam engagiert sind,.

1971/1973 Ende des US-dominierten Währungssystems von Bretton Woods: Frankreich verlangte 1965 seine Goldreserven gemäß dem Vertrag von Bretton Woods zurück, die USA konnten nicht ohne Hilfe der BRD zahlen.

1973 Großbritannien, Irland und andere EFTA-Mitglieder treten der EWG bei, die EFTA verliert an Bedeutung.

1973/75 Wirtschaftskrise in der BRD, erstmals über 1 Mio Erwerbslose. Rüstungssteigerung im Rahmen der „keynesianischen“ Krisenbekämpfung. Die Staatsverschuldung steigt von ca. 100 Mrd DM in 1970, auf ca. 450 Mrd DM in 1980. Von diesen zusätzlichen 350 Mrd DM Staatschulden flossen mindestens 250 Mrd. DM in die zusätzliche (!) Rüstung.

1974 „Tornado“ Erstflug.

1975: Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt beschließen Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken.

1979: Start des Europäischen Währungssystems EWS, das sich zum Euro entwickelt.

1980 Erstmals 2 Mio Erwerbslose in der BRD.

1985 Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU, 1988 Staatspräsident der SU, Konterrevolution in der SU.

1986 Nach Griechenland (1981) treten auch Spanien und Portugal der EG bei

1988 setzten Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand in Ergänzung des Elysée-Vertrages Räte für die Abstimmung von Verteidigungsinteressen und der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik ein. Gründung der deutsch-französischen Brigade.

1989 Konterrevolution in der DDR, die BRD erhält die DDR im 2+4 Vertrag. Souveränität der BRD, die Waffeneinsatz nur in Übereinstimmung mit der UN-Charta zusichert, und Verzicht auf ABC Waffen.

1991 Kohl und Mitterrand kündigen die Schaffung eines Deutsch-Französischen Armeekorps als Keimzelle eines europäischen Korps an.

1992 Die EG wird durch den Vertrag von Maastricht zur EU: Zur Wirtschaftsgemeinschaft soll gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Koordinierung von Justiz- und Innenpolitik kommen.

1995 Die „neutralen“ Länder Schweden, Finnland und Österreich treten der EU bei.

1995 Einsatz deutscher Tornados gegen bosnische Serben. Ab da zunehmend Einsatz deutscher Truppen in Kriegen zur Auflösung Jugoslawiens und anderen Kriegen. SPD-Schröder: „Enttabuisierung des Militärischen“.

1996: Deutsch-Französisches Gipfeltreffen zum gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitskonzept. Gründung OCCAR (Koordinationsgruppe Rüstung EU, zur weltweiten Interventionsfähigkeit ohne USA, z.B. durch den Langstreckentransporter Airbus A400M). Die europäische Rüstungsindustrie soll alle Waffensysteme ohne US-Beteiligung herstellen.

1999 EU Gipfel Köln, Helsinki: EU-Eingreiftruppe wird beschlossen, 60.000 Heer + 30.000 Luftwaffe u. Marine. Start des Euro als Buchgeld.

2000 Die EADS wird aus französischen und deutschen Firmen mit kleiner spanischer Beteiligung gegründet und entwickelte sich seitdem zum größten europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern.

2001 Bundeswehr in Afghanistan.

2002 Start des Euro als Bargeld.

2004 Neue EU-Mitgliedsländer Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

2007 Neue EU-Mitgliedsländer Bulgarien, Rumänien

Ab 2008 In der Weltwirtschaftskrise zeigt sich die relative wirtschaftliche Stärke der BRD. Sie dominiert die EU.

2010 Erstflug EADS Airbus A400M. **8. Mai 2010** „Eurokrise“: Merkel diktiert Sarkozy die Bedingungen zur EU-Wirtschaftspolitik. Nationale Staatshaushalte der EU-Länder sollen künftig der BRD-dominierten EU-Kommission zur Prüfung vorgelegt werden.

Voraussetzung für die heutige Position der deutschen Imperialisten war dabei, dass ihre Kapitalmassen schneller wuchsen, als die der Konkurrenten, d.h. sie mussten und müssen höhere Profite einfahren.

Die deutschen Großkapitalisten hatten hierbei einige Startvorteile. Dazu gehörte, dass die europäischen Hauptkonkurrenten mit den Befreiungsbewegungen in ihren Kolonien eine Belastung bis in die 60er Jahre hatten. Die USA höhlten als Weltpolizist mit der Übernahme der imperialistischen Kolonialkriege ihre Währung aus, und begannen mehr Waren zu importieren als sie exportierten. Das führte schließlich mit dem Vietnamkrieg um 1970 zum Ende des Währungssystems von Bretton Woods, das mit dem auf hohem Niveau fixierten Wechselkurs des US-Dollars die Vorherrschaft der USA in der kapitalistischen Welt garantiert hatte.

Das Ergebnis heute ist, dass die USA zwar noch das mächtigste imperialistische Land sind, das sich auf die größte Volkswirtschaft und das bei weitem größte Militärpotential stützen kann. Sie können aber längst nicht mehr den anderen kapitalistischen Ländern ihren Willen diktieren. Bei der gegenwärtigen Entwicklung werden die USA ihre Führungsmacht in der kapitalistischen Welt weiter einbüßen. Das sozialistische China ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Nach Einkommen pro Kopf ist China aber noch ein Entwicklungsland, und muss das nötige Wachstum für den Weg seiner 1,3 Milliarden Bevölkerung aus der Armut mit Kompromissen mit Kapitalisten im In- und Ausland bezahlen. Die anderen großen Entwicklungsländer Indien und Brasilien, und das auf das Niveau eines Entwicklungslandes heruntergebrachte Russland kämpfen um ihre Unabhängigkeit von den USA und den großen imperialistischen Mächten der EU, ebenfalls mit Zugeständnissen. Sie werden dabei anders als das sozialistische China aber von der nationalen Bourgeoisie geführt.

Japan, dessen kapitalistische Industrie sich im Bündnis mit den USA nach 1945 ähnlich schnell wie die der BRD entwickelte, wurde als imperialistischer Konkurrent von einem Bündnis der europäischen und US-amerikanischen Finanzoligarchien im Plaza-Abkommen 1985 durch die Yen-Aufwertung in eine Exportkrise gebracht, der eine langjährige Finanz- und Staatskrise folgte. Diesem Schicksal versucht die ebenso aggressive und exportabhängige deutsche Finanzoligarchie durch ihr EU-Bündnis einerseits, und Lavieren mit den geschwächten USA andererseits zu entgehen.

Innerhalb Europas setzt sich die BRD als Hauptmacht durch. In der gegenwärtigen Krise nutzten die deutschen Imperialisten ihre relative Stärke, um die EU weiter zu einem Instrument ihrer imperialistischen Herrschaft auszubauen. Irland, Portugal und Griechenland waren trotz offensichtlicher Finanzschwäche mit lukrativen Angeboten an deren herrschende Klasse aus dem Einflussbereich der USA in die EU gelockt worden. Heute müssen sie mit der konkreten Gefahr leben, unter BRD-dominierte Zwangsaufsicht gestellt zu werden.

Der französische Sechszylinderplan ist gescheitert. Am 23. Oktober 2011 musste sich Italien in Brüssel schriftlich zu einem von BRD und Frankreich geforderten Notsparplan verpflichten, der per „Deregulierung“ Italiens Wirtschaft für die Übernahme durch deutsche und französische Konzerne öffnet²¹, und musste eine Regierung von EU-Gnaden zur Durchführung einsetzen. Spaniens Ministerpräsident ging auf den von der BRD verlangten harten Spar- und Unterwerfungskurs, um „seine“ in Portugal hochengagierten Banken zu retten. Der britische Premier musste sich auf dem Euro-Rettungsgipfel im Oktober von Sarkozy öffentlich vorhalten lassen, er habe

²¹ Vor allem die Konzerne ENI (Öl und Petrochemie) und Finmeccanica (Maschinenbau, größter Rüstungskonzern Italiens) stehen auf der Privatisierungswunschliste der deutschen und französischen Finanzoligarchie. Siehe dazu auch Gerhard Feldbauer in der jw vom 15. und vom 22. 11.2011.

„seine“ Banken gerettet, ohne „auf den Euro“, sprich auf deutsch-französische Interessen, Rücksicht zu nehmen, und solle schweigen. Die Regierung Polens hat die Absicht, den Euro einzuführen, auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die deutsche Macht wächst aus dem Profit der deutschen Konzerne. Der VW Konzern zum Beispiel will nicht erst, wie geplant, 2018, sondern schon 2011 zum weltweiten Autoproduzenten Nr. 1 aufsteigen. Siemens stellt sich auf, um den Erzkonkurrenten General Electric zu überholen. Die Deutsche Bank ist nach Bilanzsumme die größte internationale Bank, und hofft, nach der Schwächung der französischen Konkurrenten in der „Euro-Rettung 2011“ die stärkste Bank der Euro-Zone zu werden. Die Allianz-Gruppe ist nun der größte Versicherer der Welt, mit ihrer US-Tochter Pimco einer der größten Händler von Staatsanleihen, und hat genug politischen Einfluss, um in der EU ihre Interessen, z.B. mit der Hebeltechnik für die EFSF durchzusetzen²².

Die Basis der Macht der deutschen Finanzoligarchie ist neben der schieren Größe der deutschen Industrie, die sie kontrolliert, deren hohe Produktivität. Hohe Produktivität in der kapitalistischen Industrie heißt nichts anderes, als dass pro eingesetztem Lohn-Euro viel Profit erzeugt werden kann. Wenn z.B. die Produktivität in der BRD höher ist als in Frankreich, bedeutet das, dass pro Euro Lohn in der BRD mehr produziert wird als in Frankreich. Eine Produktivitätssteigerung bedeutet zunächst immer eine starke Profitsteigerung. Wenn z.B. mit 100 Euro Lohn für 800 Euro Produkte erzeugt werden, mit 100 Euro Gewinn, und durch eine Produktivitätssteigerung von 25% nun mit dem gleichen Lohn für 1000 Euro Produkte erzeugt werden, dann steigt der Gewinn um 200% auf 300 Euro.

Grundlage dafür sind die relativ niedrigen Löhne. Mit dem dadurch erhöhten Profit können moderne Maschinen gekauft werden, die wieder höhere Extra-Profite abwerfen, solange die Konkurrenten nicht nachziehen können. Für die höchste kapitalistische Produktivität kommt es nicht darauf an, die absolut niedrigsten Löhne zu zahlen, sondern über die Zeit am meisten Profit zu akkumulieren. Mit der Größe wächst die Macht, die wieder genutzt wird, um den Profit zu steigern.

Wiederaufstiegs des deutschen Imperialismus durch Spaltung der Arbeiterklasse

Die deutsche Finanzoligarchie konnte so hohe Profite akkumulieren, weil es ihr mit Hilfe der USA gelungen ist, in Westdeutschland den im antifaschistischen Widerstand gewachsenen Willen zur Einheit zu zerstören, und einen demokratischen Neubeginn zu verhindern. Dafür betrieben sie, gestützt auf die rechte sozialdemokratische Führung, die Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und nahmen die Spaltung der Nation in Kauf, als ihr die Machtmittel zur Spaltung der Arbeiterklasse in dem Teil Deutschlands fehlten, auf den die USA keinen Zugriff hatten. Zwar konnte die Arbeiterklasse in Westdeutschland Einheitsgewerkschaften und einen hohen Organisationsgrad durchsetzen, doch ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, dem Ansturm des Antikommunismus von Innen und Aussen im Kalten Krieg standzuhalten. Die deutsche Finanzoligarchie konnte im Westen überleben, weil sie sich dem US-Imperialismus nach 1945 als bewährte Speerspitze im Kampf gegen den „Bolschewismus“ andienen konnte, mit dem deutschen Volk als Kanonenfutter. Die deutschen und amerikanischen Herren waren sich dabei einig, dass die Bestrebungen zur antifaschistischen Einheit der Arbeiterklasse zerstört werden mussten, um den Widerstand gegen die Wiederbewaffnung zu brechen.

²² Die Hebelung für den Eurorettungsfonds EFSF durch die staatliche Versicherungslösung hatte Allianz-Finanzchef Achleitner im Handelsblatt bereits am 24.05.2011 lanciert, und dann immer wieder zur Sprache gebracht.

Der Zusammenschluss der SPD und KPD zur SED, zur Partei der sozialistischen Einheit, konnte in den von den USA dominierten Westzonen mit den Machtmitteln der Besatzung verhindert werden. Auch in den Gewerkschaften gelang es wieder, Sozialdemokraten gegen Kommunisten auszuspielen. Dabei ist heute bekannt, wie viel US-Geld, offene und verdeckte Machtmittel neben der Kalten-Kriegs-Propaganda eingesetzt wurden. Um das im antifaschistischen Widerstand gewonnene Bewusstsein von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse zu zersetzen, baute man auf die „Totalitarismus-Doktrin“ in vielerlei Formen²³. Die bediente sich gern der von den Nazis verbreiteten „antibolschewistischen“ Propagandaelemente, gab sich aber vor allem in den Gewerkschaften einen antifaschistischen Anstrich. Das Gift der Spaltung wirkte sich auf die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften aus: Auf Basis von Löhnen, die zu den niedrigsten in Europa zählten und mit einem relativ modernen, relativ unbeschädigten Produktionsapparat aus der Hochrüstung vor 1945²⁴ konnten die deutschen Finanzoligarchen mit dem Management aus der Nazi-Zeit in Westdeutschland schon bald wieder hohe Gewinne einfahren.

Im Aufschwung der 50er Jahre, der durch den Koreakrieg angeschoben wurde, und den darauf folgenden Wachstumswellen wurden ausländische Kollegen rekrutiert. Das eröffnete dem Kapital weitere Spaltungsmöglichkeiten auf Basis von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wobei wieder skrupellos auf rassistischen Nazi-propaganda-Elementen aufgebaut wurde. Auch die Spaltungsideologien Männer gegen Frauen und Ältere gegen die Jugend wurden erfolgreich aufpoliert.

Der entscheidende Coup bei seinem dritten Anlauf zur Weltmacht gelang der deutschen Finanzoligarchie aber, als sie die deutsche Einheit im Imperialismus durchsetzen konnte. Noch einmal konnte sie sich den imperialistischen Konkurrenten als Speerspitze zur Zerstörung der sozialistischen Staatsmacht andienen. Das geschah nicht ohne pathetische Friedensbeschwörungen und Kompromissangebote bei der Verteilung der Beute. Auf das Treffen von Kohl und Mitterand in Verdun 1984 folgte 1990 die Übergabe von Leuna, des größten Industriebetriebs der DDR mit einer bis heute auf deutscher Seite nicht aufgeklärten Geheimdienst- und Korruptionsoperation an den französischen Elf-Konzern²⁵.

²³ Siehe auch KAZ 334 S.23 „Die Totalitarismus-Doktrin“

²⁴ Nach den vom deutschen Imperialismus verlorenen Schlachten von Stalingrad und Kursk organisierte sich 1943 die deutsche Finanzoligarchie für den Wiederaufbau nach dem verlorenen Krieg. In Arbeitsgruppen unter SS-Gruppenführer (Generalsrang) und Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Otto Ohlendorf arbeiteten mit z.B. Herrmann Josef Abs, der Chef der Deutschen Bank wurde und Ludwig Erhard, der spätere „Vater“ des „Wirtschaftswunders“, und viele andere aus den späteren westdeutschen Führungskreisen. Übersichtliche Darstellung in Bernt Engelmanns mehrfach aufgelegten Buch „Wie wir wurden, was wir sind“, Kap. 13: „Das Wirtschaftswunder geplant seit Stalingrad“. Historisch detaillierte Darstellung im Standardwerk von Dietrich Eichholtz: „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, bei K.G. Saur München 2003

²⁵ Elf ist zur Vertuschung der Affäre im Total-Konzern aufgegangen. Details dazu in dem Buch „Das System Leuna“ der „Zeit“- Journalisten Kleine-Brockhoff und Schirra. Die mit dem Fall in Frankreich befasste Staatsanwältin Eva Joly beschreibt in ihrem Buch *Im Auge des Zyklons* ihre Ermittlungen. Zitat aus dem Vorwort: „In keinem Land begrüße ich die Übersetzung meines Buch mehr als in Deutschland. Unsere Ermittlungen im Fall Leuna ergaben, dass Elf mehr als 50 Millionen Mark an einen Mittelsmann gezahlt hat, der Kontakte zum Bundesnachrichtendienst pflegte. Doch obwohl die deutsche Justiz „alle Trümpfe in der Hand“ hat – geschehen ist nichts. Bis heute nicht.“

Durch die Einverleibung der DDR wurden Millionen Industriearbeitsplätze der Herrschaft der deutschen Imperialisten unterworfen, von denen bald nur noch ein kleiner Rest übrig waren²⁶. Mit der Desindustrialisierung des Anschlussgebiets und der Spaltung der Lohntarife in Ost und West entstand eine zusätzliche Reservearmee bestens ausgebildeter Industriearbeiter. Damit ließen sich die Lohnkosten dauerhaft senken, und die Produktivität erheblich steigern. Dazu kam der Migrationsdruck aus den osteuropäischen Ländern, und die Möglichkeit, Billigproduktion zu verlagern. Die Statistik zeigt eine Steigerung der Produktivität von 1988 auf 1999 von 0,8 auf 1,0. Das heißt, wenn für einen Arbeitslohn von 1 DM 1988 für 8 DM Produkte hergestellt wurden, waren es 1999 für denselben Lohn Produkte für 10 DM.²⁷ Was das für die Profite bedeutet, haben wir weiter oben im Beispiel illustriert.

Die Liquidierung der DDR und der Anschluss ihres Staatsgebiets brachte der deutschen Bourgeoisie nicht nur die zusätzliche Reservearmee ein. Mit den Milliardensubventionen aus dem „Solidaritätszuschlag“ konnten die Konzerne modernste Produktionsanlagen errichten, die zur weiteren Steigerung der Produktivität beitrugen.²⁸

Mit der für sie so erfolgreichen Einverleibung der DDR fühlte sich das deutsche Finanzkapital in der EU stark genug, die USA heraus zu fordern: Auf dem EU-Gipfel im März 2000 wurde die „Lissabon-Agenda 2000“ beschlossen, die zum Ziel hatte, die EU bis 2010 zum „Wirtschaftsraum mit der höchsten Produktivität“ zu machen. In der folgenden oben erwähnten „Derivate“- und „Dotcom“-Krise gelang es aber den Finanzkapitalisten der USA, die Krisenfolgen noch einmal stark auf andere Länder, auch der EU, abzuwälzen, wie sich in der Krise 2002 zeigte.

Die deutschen Kapitalisten reagierten 2003 mit der „Agenda 2010“ der Regierung Schröder/Fischer, und ihren Spezialisten für den „sozialen Frieden“ aus der Arbeiterbürokratie und -aristokratie. Der Angriff auf die Löhne erfolgte bekanntlich wieder nach dem Motto „teile und herrsche“ unter dem Schlagwort „Standort Deutschland“:

Die Kollegen aus dem jeweils anderen Teil Deutschlands, aus Osteuropa, und aus allen anderen Länder würden mit uns um Arbeitsplätze konkurrieren, wir müssten deshalb auf den Lohnkampf verzichten: Mit diesem Globalisierungs-Argument handelten uns die Prediger der Klassenzusammenarbeit in der Gewerkschaftsführung unsere Kampfkraft ab, und untergruben die Klassensolidarität ebenso wie die internationale Solidarität. Gleichzeitig signalisierten sie ihren „Sozialpartnern“ von der Kapitaleseite, wieweit der Lohnraub gehen kann, ohne den „sozialen Frieden“ zu gefährden. Man kam zu dem Schluss, dass Lohnkostensenkungen ohne offenen Konflikt mit den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführern möglich sind, die zur Klassenzusammenarbeit und Spaltung der Arbeiterklasse bereit sind. Mit besten Informationen aus dem inneren Gewerkschaftsbereich wurde so das Agenda-Giftgebräu

²⁶ „Die Zeit“ online 20.05.1998: *„Als ob Feinde vor den Toren stünden, wurde das Tempo der Privatisierung so angeheizt, daß - bevor die Ostdeutschen richtig zur Besinnung kamen - achtzig Prozent der industriellen Arbeitsplätze bereits verschwunden waren.“*

²⁷ Quelle : wikipedia Stichwort „Produktivität“, destatis

²⁸ Siehe z.B. „Die Welt“ vom 20.07.1998 unter dem Titel: Der High-Tech-Standort Dresden boomt: „In Dresden haben die förderfähigen Investitionen der gewerblichen Wirtschaft in der Zeit von Oktober 1990 bis November 1997 ein Volumen von 5,53 Mrd. DM erreicht. Dafür sind Zuschüsse in Höhe von 1,34 Mrd. DM bewilligt worden.“

angesetzt, dessen Ergebnis wir heute statistisch in Form der gesunkenen Lohnquote am Sozialprodukt nachprüfen können. Es ist die Kombination von realen Tariflohnerhöhungen um die Nulllinie herum, Auflösung der Tarifbindung in „Flexibilisierungen“ aller Art, und der Senkung der Lohnnebenkosten, durch die „Reform“-Zersetzung unserer Sozialversicherungen.

Unsere Arbeitslosenversicherung wurde minimiert nach Vorschlägen von Hartz, der aus Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung kommend, wie wir heute wissen, vom Kapital zum Spezialisten für Bestechungen aller Art „zur Erhaltung des sozialen Friedens“ aufgebaut wurde. Unter Piech und Schröder in Niedersachsen konnte er VW zu einem Experimentierfeld der Spaltung der Arbeiterklasse „unter Erhaltung des sozialen Friedens“ machen; Die gekauften Betriebsratsfürsten verkauften die Aufgabe des Prinzips „Gleiche Arbeit-Gleiches Geld“ als sozialen Fortschritt. Für die Kürzung der Rentenversicherung steht der mit Ministerposten und reichlichen Pfründen belohnte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Riester. Auch die Krankenversicherung wurde abgebaut. Über die Methoden der Kürzung zerstritt sich die Bourgeoisie. Wir zahlen trotzdem mit Zusatzbeiträgen immer mehr aus dem Nettolohn für weniger Leistungen.

Eine besondere Waffe der Klassenspaltung haben unsere Agenda-Herren gelernt, immer besser zu handhaben, um die Lohnkosten zu drücken: Die Leiharbeit. Bereits 2002 wurde das AÜG „modernisiert“ als „Hartz I“²⁹. Mit der Trennung in Stamm- und Bedarfsbelegschaft lassen sich alle anderen Spaltereien noch einmal verstärken: Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen, Ost- gegen Westherkunft, Inländer gegen Ausländer, „Leistungsträger“ gegen „Minderleister“.

Unsere mangelnde Einheit und die entsprechend schwache Kampfkraft, die sich in der gesunkenen Lohnquote zeigt, spiegelt sich in der hohen Produktivität des deutschen Kapitals. Am klarsten sehen wir das in der Vergleichs-Tabelle der Lohnstückkosten der großen imperialistischen Länder Europas.

Tabelle: Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe

Die Lohnkosten setzen sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeiter sowie den Sozialbeiträgen der Kapitalisten zusammen.

Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics, Division of International Labor Comparisons: Manufacturing productivity and unit labor cost trends. Auf Basis der jeweiligen Währung, Index (2002 = 100), 2002 bis 2008

	Deutsch-land	Groß-britannien	Frankreich	Italien
2002	100,0	100,0	100,0	100,0
2003	98,7	100,7	97,9	106,0
2004	95,7	98,9	98,3	108,1
2005	91,7	100,4	97,4	110,0
2006	88,0	101,6	98,9	110,2
2007	85,3	101,5	100,4	112,1
2008	87,5	103,7	104,3	119,0

²⁹ Schutz-Beschränkungen des „Arbeitnehmerüberlassungs-Gesetz“ (AÜG) wurden durch das „ Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, (genannt Hartz I) gestrichen.

Die so durch die Spalterpolitik gesteigerte Produktivität, in der Wiederaufbauphase, bei der Annexion der DDR und der „Agenda“-politik, erzeugte und erzeugt die Kapitalmasse und die Macht, die heute den deutschen Imperialismus in die Position bringt, der EU ihr Programm zu diktieren. Die Stärke der deutschen Imperialisten beruht auf unserer Spaltung. Unsere Schwäche beruht darauf, dass es unseren Herren gelungen ist, immer wieder durch Druck und Bestechung in unsere Reihen, besonders in die Gewerkschaften, einzudringen und uns zu spalten. Die Mittel dabei sind vielfältig. Bei dem Prozess gegen Peter Hartz waren selbst erfahrene Gewerkschafter erstaunt, mit welcher Skrupellosigkeit die Schwächen in unseren Reihen genutzt wurden.

Die Bourgeoisie weiß, dass ihre Stärke vom Erhalt des „sozialen Friedens“ abhängt. Das heißt, dass sie den Einfluss in unseren Gewerkschaften unbedingt braucht. Die Front des Klassenkampfes steht deshalb heute direkt innerhalb der Gewerkschaften, das macht den Kampf so schwierig. Eher steckt die Bourgeoisie in Nebenfragen zurück, als dass sie ihren Einfluss auf die Gewerkschaften aufs Spiel setzt.

Von diesem vielfältig erfahrbaren Druck sind die Vorschläge vom rechten wie vom linken Rand der Arbeiterbewegung geprägt, die den Kampf in den Gewerkschaften „neu einordnen“ wollen, letztlich um ihn aufzugeben. Die einen Genossen können in den DGB-Gewerkschaften nur noch das Instrument des Kapitals sehen, und träumen neue, rote Gewerkschaften herbei. Die anderen sehen den leichteren Erfolg in den „sozialen Bewegungen“, die sich an den vielfachen Widersprüchen des Imperialismus zu Recht entzünden, aber vom demokratischen Kleinbürgertum geprägt werden, solange sie nicht mit dem Kampf der klassenbewussten Gewerkschafter verbunden werden.

Der Kampf um die Sozialpartnerschaft, um den „sozialen Frieden“, ist für unsere herrschende Klasse unabdingbar. Deshalb führen sie ihn mit Härte und Zähigkeit, denn sie können nur solange unsere Herren bleiben, wie sie die Arbeiterbewegung spalten, der die Zukunft gehört.

Der Einfluss der Bourgeoisie kommt natürlich über bestimmte Gewerkschaftsführer, die den Apparat gut kennen. Leute wie Hartz und Riester werden so hoch bezahlt, weil sie genau wissen, wer in der Gewerkschaft wie behandelt werden muss. Sommer und seinesgleichen gieren schon in Erwartung der zusätzlichen Pfründen. Entscheidend sind aber nicht die Personen. Macht und Einfluss der Arbeiterverräter kommt daher, dass sie auf dem reformistischen Bewusstsein vieler Kollegen aufbauen können. Sie vertrauen darauf, dass die Propaganda der Sozialpartnerschaft auch in den Medien, der Bewusstseinsindustrie, bei vielen Kollegen immer wieder funktioniert, gegen die wachsende Einsicht, dass Klasse gegen Klasse steht, und nicht beide Klassen gewinnen können. Doch die Argumente für die angeblichen Vorteile der Sozialpartnerschaft werden fadenscheinig.

Ergebnis der „Sozialpartnerschaft“: Verarmung und Unsicherheit

Das konkrete Ergebnis der letzten 10 Jahre Gewerkschafts- und Agendapolitik auf Grundlage der Spaltung der eigenen Reihen und Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse ist Reallohnverlust und Abbau der sozialen Leistungen durch Angriffe auf Tarife und Sozialkassen.

Das Ergebnis der letzten 20 Jahre nach Liquidierung der DDR und deutscher Einheit im Imperialismus sind Krisen und Kriege statt Abrüstungsdividende und Wohlstand.

Das Ergebnis der mehr als 50 Jahre Sozialpartnerschaftspolitik seit dem KPD-Verbot sieht so aus: In einem der höchstentwickelten Länder der Erde, Deutschland, fehlen etwa 10 Millionen reguläre Arbeitsplätze, d.h. einer

von vier Kollegen hat keinen oder keinen regulären Arbeitsplatz. Einer von Zwei im Alter der Familiengründung, zwischen 25 und 40, hat in diesem Land der Milliardenprofite kein reguläres Einkommen. Die Reproduktion der Arbeiterklasse mit Wohnung, Kleidung, Nahrung, Gesundheit, Altersversorgung und Nachwuchs ist nicht mehr gewährleistet.

Dafür soll die Welt wieder am deutschen Wesen genesen. Durch immer tiefere Krisen nimmt der deutsche Imperialismus 66 Jahre nach seiner zweiten verheerenden Niederlage, nach innen und außen wieder hochgerüstet, mit dem Instrument EU einen dritten Anlauf zur Weltmacht. Die aufgehende Schere zwischen materieller Produktion und fiktivem Kapital erhöht den Druck zur Neuaufteilung der imperialistischen Einflussphären. Von Krise zu Krise zeigt sich deutlicher, in welchem gefährlichen Fahrwasser uns der deutsche Imperialismus damit bereits gebracht hat. Die internationalen Spannungen steigen an, die Widersprüche zwischen den Imperialisten werden schärfer. Der These vom friedlichen dritten Anlauf des deutschen Imperialismus zur Weltmacht ist zu widersprechen.³⁰ Schäuble, Merkel und Steinbrück sprechen davon, dass der Euro der Garant des Friedens in Europa sei. Der polnische Finanzminister Rostowski hat richtig verstanden, dass hier von Krieg gesprochen wird, zitiert Merkel, und fügt hinzu: „Es besteht die Gefahr eines historischen wirtschaftlichen Desasters, das wie die Große Depression der dreißiger Jahre zuletzt in Europa zum Krieg führen würde.“³¹ Bei der Neuaufteilung der Welt entsprechend der Kapitalkraft geht es nicht nur um Europa.³² Der militärischen Dominierung der EU durch Deutschland setzt Frankreich zwar noch Widerstand entgegen, doch ist das Ziel der deutschen Imperialisten klar darauf gerichtet, dem US-Imperialismus durch ebendiese EU-Vorherrschaft auch militärisch ebenbürtig zu werden³³. Der äußeren Aufrüstung entspricht der innere Abbau der demokratischen Rechte, durch die sich die Bourgeoisie den Weg in die Regierungsform des Faschismus offen hält.³⁴

Widerstand ist notwendig und möglich: Vorwärts, und nie vergessen...

Wie tief die sich anbahnende Krise in Deutschland 2012 werden wird, ist heute schwer zu sagen. Wir kennen aber das Instrumentarium der Kapitalisten und ihres Staates, das sich gegen die Arbeiterklasse richtet, und können uns darauf einstellen. Wir haben keine Wahl, als die Gewerkschaften zu „Sammelpunkten des Widerstands“ zu machen, damit sie wieder Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden können. Wir

³⁰ Z.B. Klaus Wagener: „Die dritte große Krise“, uz in 2 Teilen 07./14.10.2011

³¹ Interview in der FAZ 21.11.2011, S.5

³² Lenin in „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Kap.5, Aufteilung der Welt: „Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich auf nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um überhaupt Profite zu erzielen; dabei wird die Aufteilung „nach dem Kapital“ „nach der Macht“ vorgenommen, eine andere Teilungsmethode kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.“(LW 22, S.257)

³³ Ausführlich und laufend dokumentiert durch die Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen. Siehe auch Kasten „Etappen: Der dritte Anlauf zur Weltmacht“

³⁴ Siehe auch KAZ 333, Kurt Gossweiler: „Bündnispolitik gegen den Faschismus“, und Renate Münder: „Die entscherte Demokratie“

wissen auch, wie und wofür wir uns sammeln, wir kennen unsere Stärke, die Solidarität: Es gilt, der Spalterei entgegenzutreten, die uns arm macht, und die deutsche Finanzoligarchie gefährlich reich und mächtig.

Wir kennen auch die Stoßrichtung, in die wir derzeit zielen müssen, um wieder Kampfkraft zu gewinnen: Die Spaltung in Stamm- und Bedarfsbelegschaft überwinden, und die Leiharbeit, die der Klassenfeind hier gegen uns einsetzt, bekämpfen³⁵.

Man muss keine magische Kristallkugel besitzen, um vorauszusehen, dass es Kräfte in der Gewerkschaft geben wird, die uns wieder auf Spaltung, auf Zusammenarbeit mit dem Kapital orientieren wollen, „zur Vermeidung von Entlassungen“. Viele Kollegen glauben noch an das Märchen, dass unsere Gewerkschaftsführer, die die sozialpartnerschaftliche Klassenzusammenarbeit predigen, erfolgreich verhandelt hätten, und so angeblich eine Massenarbeitslosigkeit in der Depression 2009 verhinderten. Dieses Märchen muss und kann heute anhand der Fakten entlarvt werden.

Die Wahrheit ist, dass die Arbeiterklasse als Ganzes **sowohl** mit Lohnkürzung **als auch** mit Massenarbeitslosigkeit draufgezahlt hat³⁶. Die Kapitalisten setzten den einen Teil der Belegschaft, den sie für einen schnellen Aufschwung brauchten, auf Kurzarbeit, und kürzten die Löhne, bzw. ließen sie sich staatlich subventionieren. Der andere Teil, die „Bedarfsbelegschaft“ wurde teils in die offizielle Arbeitslosigkeit, teils in „Maßnahmen“ und irreguläre Arbeitsverhältnisse entlassen, die offiziell nicht Arbeitslosigkeit heißen. Bei dieser Augenwischerei arbeiteten die Finanzoligarchen und ihr Personal im Staat zusammen mit den Leuten vom Schlag Berthold Hubers in unserer Gewerkschaftsführung, auf Basis der Gesetzentwürfe des kriminellen Arbeitverrätters und Noch-SPD-Mitglieds Hartz, umgesetzt von der SPD/Grünen Regierung. Den „Stammarbeitern“ droht jederzeit die Herabstufung zu „Bedarfsarbeitern“, zum Beispiel, wenn ihre Abteilung „outgesourct“ wird. So hat sich in Deutschland ein auch im internationalen Vergleich gewaltiger Niedriglohnsektor gebildet. Durch ihn wirkt sich die Spaltung der Arbeiterklasse als Druck auf die gesamten Belegschaften aus, so dass mit sozialpartnerschaftlich eingestellten Betriebsräten Zugeständnis um Zugeständnis herausgeholt werden kann.

Es geht nun darum, bei der Masse der gewerkschaftlich organisierten Kollegen den Glauben an die „Sozialpartnerschaft“ nachhaltig zu zerstören, der besagt, dass es dem Arbeiter umso besser ginge, je besser es der Firma-spricht dem Aktionär- geht. Das Gegenteil lässt sich mit Fakten beweisen, z.B. der Lohn- und der Gewinnentwicklung, und den wahren Arbeitslosenzahlen, der Tarif- und Sozialversicherungs-Zerfledderung, siehe oben. Das lang andauernde Absinken der Reallöhne³⁷ in Deutschland wurde nicht einmal im Aufschwung durch die Prediger der Sozialpartnerschaft aufgehalten, die wie Huber und Bsirske an die Kapitalisten appellierten, doch einzusehen, dass höhere Löhne Kaufkraft für ihre Waren schaffen.³⁸ Ist der Glaube an die

³⁵ Siehe dazu KAZ 336: *Leiharbeit verbieten!*

³⁶ Zur Massenarbeitslosigkeit siehe auch KAZ 334, S.34/35. Zu den Reallohnverlusten auch der Artikel *Tarifpolitik in der Krise* von Achim Bigus in der uz vom 14.10.2011, S. 5

³⁷ dazu auch der vorgenannte Artikel von Achim Bigus in der uz vom 14.10.2011, S.5

³⁸ Ausführliche Daten und Belege zu Lohn- und Gewinnentwicklung in Deutschland liefert der im Internet zugängliche Verteilungsbericht 2011 des DGB Bundesvorstand, profil November 2011: „Aufschwung für Alle sichern“. Die politische Schlussfolgerung ist dort wieder ein Appell an die Kapitalisten: „Nun muss die Kooperationsbereitschaft mit spürbar

Sozialpartnerschaft zerstört, wird es auch möglich werden, in der Praxis zu zeigen, dass die Löhne nur dann steigen, wenn der Spaltung die Solidarität im Klassenkampf entgegengesetzt wird, z.B. im Kampf gegen die Leiharbeit. Wenn wir die gewerkschaftliche Kampfkraft gegen die Sozialpartnerschaftsideologie wieder aufbauen, schwächen wir den deutschen Imperialismus. Wenn wir Alles so lassen wie es ist, treiben wir im Sog der Sozialpartnerschaftsideologie weiter in die Krise, die Verarmung und Gefahr von Faschismus und Krieg verheißt.

Wir haben Verbündete. Unsere besten Verbündeten in der Krise waren und sind die Kollegen in den anderen Krisenländern. Zu nennen ist hier natürlich der Kampf der Werktätigen Griechenlands gegen das imperialistische Verarmungsdiktat, unter Führung der Arbeiterklasse, die sich auf die immer stärkere KKE³⁹ stützen kann. Uns nützt auch der Kampf der Kollegen aus den USA, aus Spanien, Italien Irland und Portugal, und allen Ländern, die sich dem Imperialismus nicht beugen. Nicht zuletzt helfen uns unmittelbar die französischen Kollegen im Kampf gegen die Renten- und ähnliche „Reformen“ der Regierung Sarkozy. Damit wollen die französischen Finanzoligarchen wieder wettbewerbsfähiger werden gegen die immer mächtigeren deutschen Konkurrenten. Je erfolgreicher die französische Finanzoligarchie bei ihren „Reformen“ gegen die französische Arbeiterklasse ist, desto größer wird der Druck unserer deutschen Herren auf uns durch die imperialistische Konkurrenz. Wie würden wir den französischen Kollegen nützen, wenn bei uns in Deutschland die Kämpfe an Kraft und Dynamik gewöhnen!

In seiner Wut über die Arbeiterklasse zeigt einer der Sprecher der französischen Finanzoligarchen unfreiwillig, welche Kraft die Einheit der Arbeiterklasse entwickeln kann: Er sprach aus, was es im Kern ist, das seine Klasse in der Konkurrenz der Imperialisten behindert: Es seien die gesamten Maßnahmen der aus dem Widerstand kommenden französischen Volksfrontregierung, die nach der Befreiung 1944 bis 1952 zugunsten der Arbeiter durchgesetzt wurden, und die bis heute Bestand haben.⁴⁰

Wächst unsere Kampfkraft mit dem Niederringen des spalterischen Gifts der Sozialpartnerschaftsideologie, wird es auch bei uns gelingen, die Abwärtsspirale von sinkenden Löhnen, und dem Abbau von Sozialleistungen und demokratischen Rechten zu durchbrechen, die durch die imperialistische Konkurrenz beschleunigt wird.

Das wachsende Klassenbewusstsein in den Gewerkschaften lässt auch das Verständnis dafür wachsen, wie wichtig die internationale Solidarität für uns selbst ist.

Die wachsende Einsicht in die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und die Notwendigkeit, die Herrschaft der Finanzoligarchen zu beenden bringt natürlich die Frage nach der Alternative, nach dem Übergang zum Sozialismus mit sich. Der wissenschaftliche Sozialismus weiß, aufbauend auf den Erkenntnissen von Marx, Engels, Lenin und der kommunistischen Weltbewegung, dass die Bewegungsgesetze des Klassenkampfes sich nicht unmittelbar aus dem gewerkschaftlichen Klassenkampf selbst erschließen. Ohne das Durchschauen des

steigenden Löhnen und Gehältern auch honoriert werden, damit aus dem Aufschwung für Wenige ein Aufschwung für Alle wird.“und „Der soziale Zusammenhalt der Bundesrepublik muss bewahrt werden“.

³⁹ Kommunistische Partei Griechenlands

⁴⁰ Blog von Sepp Aigner vom 17.10.2011: Der Ex-Vizepräsident der MEDEF (des französischen Unternehmerverbandes), Denis Kessler, der auch als Chefideologe Sarkozys gilt oder galt, nahm in einem Leitartikel der finanzökonomischen Wochenzeitung „Challenges“ vom 4. 10. 2007 zum Programm der Regierung Sarkozy Stellung.

Lohnsystems als Ursache der kapitalistischen Ausbeutung ist der Kommunismus als die Alternative zum Kapitalismus, und der Sozialismus als Weg dorthin nicht zu erkennen. Ohne den wissenschaftlichen Sozialismus bleibt der Kampf im Reformismus stecken. Auch darauf vertrauen die Prediger der Sozialpartnerschaft. Dieser Erkenntnisprozess über den Klassencharakter der Ausbeutung, wissen Marxisten, kann aber nur aus dem Klassenkampf selbst heraus organisiert werden, durch die Kommunisten.⁴¹

Der oben genannte französische Finanzoligarch gab in seiner Wut auf die Errungenschaften der Volksfront ungewollt auch uns deutschen Kommunisten einen wertvollen Hinweis: Man habe mit dem Niederreißen der Sozialerrungenschaften der Volksfront warten müssen, bis die Kommunistische Partei Frankreichs am Boden war. Für uns heißt das: Nur durch eine starke kommunistische Partei können die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden.

Vom Niedergang der französischen KP können wir auch negativ lernen, wie eine der kampfstärksten und erfolgreichsten Parteien an den Rand der Selbstaufgabe gebracht wurde: Das Gift der Spaltung hielt Einzug mit dem Revisionismus und damit der Aufgabe des Marxismus-Leninismus und der kommunistischen Identität.

Die Dialektik von Theorie und Praxis verlangt von den deutschen Kommunisten, wo immer sie heute organisiert sind, größere Schritte in Richtung Klarheit um zur Einheit auf klassenkämpferischer Grundlage zukommen.

AG Krise Müller, Flo, Corell, O'Nest, Raupe

Export:

Keynes' Märchen von der Wirtschaftslenkung im Kapitalismus

Die deutsche Wirtschaft konnte in der Belebung nach 2009 ihre Exportabhängigkeit nicht verringern. Durch die von Sozialdemokraten vielkritisierte starke Exportabhängigkeit war 2009 der Produktionsrückgang in der Krise in Deutschland stärker als in vergleichbaren, weniger exportabhängigen Ländern ausgefallen. Hier zeigt sich die Illusion, die kapitalistische Wirtschaft sei „keynesianisch“ planbar. Solange Privateigentum an den Produktionsmitteln der Großkonzerne besteht, bestimmen die, wo es hingehet. Der Staat greift ein, wo es den stärksten Konzernherrn nützt. Die Predigt „mit höheren Löhnen die Inlandsnachfrage stärken“ musste so im keynesianischen Propagandanebel verschallen, ungehört vom Siemens-Clan und der SAP-Clique, den BMW-Quandts, den VW-Porsche-Piechs, den BASF-, Bayer- und Daimler-Aktionären, die dem kapitalistischen Konkurrenzgesetz gehorchen müssen, entweder Maximalprofite einzufahren oder unterzugehen. Und den Maximalprofit erzielen die Privateigentümer nicht indem sie ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen, sondern indem sie die Waren absetzen. Und wenn die Kaufkraft im Inland nicht da ist, muss sie im Ausland gesucht werden. Die Interessen der exportorientierten Konzerne überwiegen in Deutschland. Deshalb hat sich an der Exportlastigkeit der deutschen Volkswirtschaft nichts geändert.

⁴¹ Kommunistisches Manifest, MEW 4, bes. S.492/3

Durch die ungleichmäßige Entwicklung der importierenden Länder hat sich aber die Struktur der deutschen Exporte verändert.

Tabelle Exportländer, Quelle Destatis, Stat. Jahrbuch 2011, Kap.18 Außenhandel

Export aus Deutschland Mrd €	2008	2009		2010	
BIP zum Vergleich	2.481	2.397	-81	2.498	+101
Gesamlexport aus D	984	803	-181	960	+157
EU	623	501	-122	578	+77
Davon Frankreich	94	81	-13	91	+10
Niederlande	66	52	-14	63	+11
Großbritannien	64	53	-11	60	+7
Italien	62	51	-11	59	+8
Österreich	55	46	-9	55	+9
Belgien	50	42	-8	46	+4
Spanien	43	31	-12	34	+3
Große 7 EU Länder	434	356	-78	416	+60
China mit Hong Kong	39	41	+2	59	+18
Russ. Föderation	32	21	-11	26	+5
Indien	8	8	0	9	+1
Brasilien	9	7	-2	10	+3
USA	71	54	-17	66	+12
EU+BRIC ⁴² +USA	782	632	-150	748	+116

⁴² Brasilien, Russland, Indien und China

Als erstes ist zu beobachten, dass China als einziges Land auch 2009 mehr Exporte aus Deutschland aufnahm als 2008. Von 2008 auf 2010 stieg die Ausfuhr nach China, die sich um das Jahr 2000 herum noch vernachlässigbar war, auf eine Stufe mit den größten Exportländern inklusive USA, nur nach Frankreich geht noch deutlich mehr. Wegen der Außenhandelspolitik der VR China ist anzunehmen, dass der Außenhandelsanteil an der Gesamtwirtschaft Chinas zwar sinken wird, aber in absoluten Zahlen weiter zunimmt, und das überproportional nach Deutschland. Dadurch wird China in den nächsten Jahren wahrscheinlich der größte Waren-Exportmarkt für Deutschland. Der Anteil der EU insgesamt am Export ist immer noch bei weitem am größten, ist aber von 2008 auf 2010 von 63% auf 60% gesunken. Der Anteil der USA ist auf das Niveau der großen Exportmärkte nach Frankreich wie Großbritannien und die Niederlande, Italien und eben China gesunken. Wegen der Finanzkrise, die notwendig im Zusammenhang mit der zyklischen Krise immer wieder aufflammen muss⁴³ ist mit Konsolidierung weder der USA- noch der EU-Märkte zu rechnen. Das wissen auch die Entscheidungsträger der Clans der deutschen Finanzoligarchie: Sie zahlen nun nicht etwa ihren Arbeitern bessere Löhne, sondern bauen neue Produktionskapazitäten gleich dort, wo die Löhne noch niedriger sind und die Märkte noch wachsen.

⁴³ siehe Artikel zur Krise in dieser KAZ: „Vorwärts und nie vergessen“